

# Die Konjunktur in den westlichen Industriestaaten

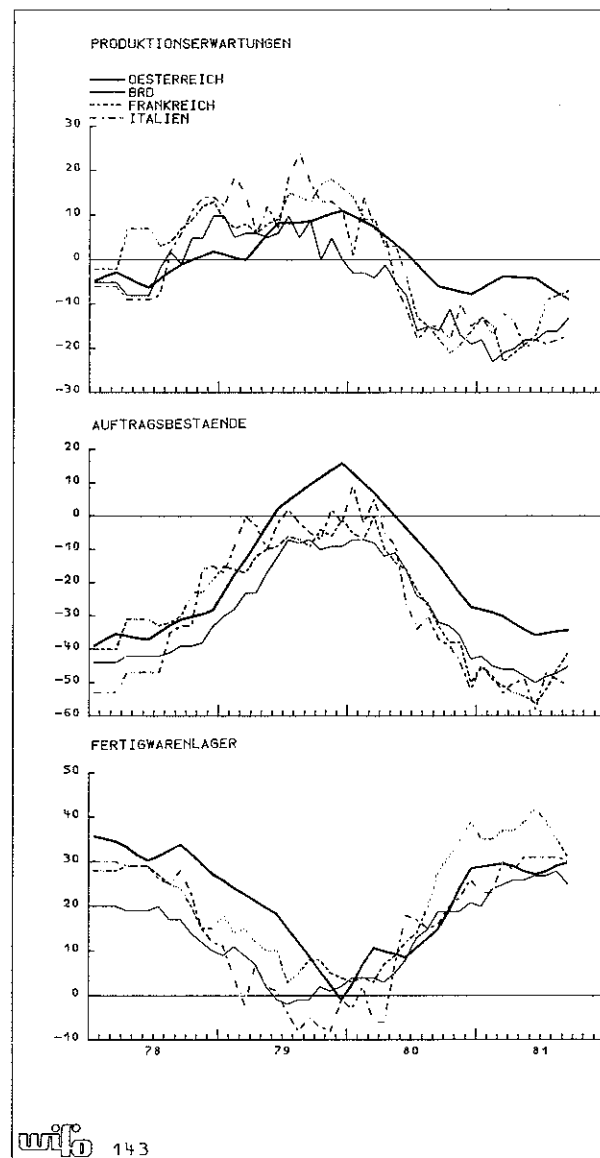
## Die Konjunkturlage im Herbst 1981 und Prognose für 1982

Die Volkswirtschaften der westlichen Industriestaaten befinden sich noch immer in einer Rezession. Doch gibt es in einigen Ländern Anzeichen dafür, daß das Konjunkturtal erreicht sein dürfte. Weiterhin dämpfend ist der Einfluß der restriktiven Fiskal- und Geldpolitik. Die bremsende Wirkung des zweiten Erdölpreisschocks scheint allmählich auszulaufen. Angesichts der stagnierenden Nachfrage in den Industrieländern war die lebhafte Nachfrage der OPEC nach Industriegütern die Hauptstütze des Welthandels. Im Frühjahr erwartete man noch, daß die sehr restriktive Geldpolitik in den USA und die Aufwertung des Dollars kurzfristig beschränkt sein würden. Tatsächlich blieb das Zinsniveau in den USA bis in den Spätherbst 1981 hoch. Dies zwang auch die europäischen Länder (nicht jedoch Japan), um Kapitalabflüsse zu vermeiden, ihr Zinsniveau anzupassen. Dadurch wurden die Binnenwirtschaften zusätzlich belastet: Die Inlandsnachfrage (Konsum, Investitionen, Lager) ging weiter zurück, der inländische Preisauftrieb beschleunigte sich infolge der Verschlechterung der Terms of Trade neuerlich. Andererseits nahm die internationale Konkurrenzfähigkeit aller Nicht-Dollar-Exporteure zu. Daher haben sich die Leistungsbilanzen in den meisten Ländern viel rascher als erwartet verbessert. Im Spätherbst zeichnete sich eine Wende in der Zinsentwicklung ab. Zum leichten Sinken der Zinsen trug die zunehmende Verschlechterung der amerikanischen Wirtschaft ebenso bei wie die deutliche Verbesserung der Leistungsbilanzen in einigen europäischen Ländern (besonders in der BRD). Ob diese Zinsbewegung nach unten nur vorübergehend sein wird oder sich weiter verstärkt, bleibt abzuwarten. Die größte Unsicherheit besteht gegenwärtig darin, daß man die Auswirkungen des (bisher noch nie über eine so lange Periode) simultan in allen Industrieländern anhaltend hohen realen Zinsniveaus auf Nachfrage und Produktion kaum abschätzen kann. Alle internationalen Prognoseinstitutionen neigen aber eher dazu, die künftige Wirtschaftsentwicklung etwas pessimistischer einzuschätzen als noch im Frühjahr 1981. Für 1981 bleiben die aus mehreren Informationsquellen zusammengestellten Prognosen des Institutes für das reale BIP mit +1% für die gesamte OECD (und mit -0,5% für OECD-Europa) gleich. Für 1982 wurden die Prognosen für die OECD-insgesamt und für OECD-Europa um jeweils ½ Prozentpunkt nach unten korrigiert. Die OECD rechnet für den gesamten Raum

und für Europa nunmehr mit einem Wirtschaftswachstum von 1½%. Die Vereinigung europäischer Konjunkturforschungsinstitute (AIECE) erwartet für die OECD-insgesamt ein Wachstum von 2% und für Europa von 1¾%. Das Institut nimmt an, daß das reale BIP in der OECD-insgesamt 1982 um 2%, jenes in Europa um 1½% wachsen wird (siehe Übersicht 1).

Abbildung 1

Konjunkturtest der Industrie<sup>1)</sup>



Q: EG-Kommission. Konjunkturaussichten, Europäische Wirtschaft, Beiheft B; WIFO. — <sup>1)</sup> Saisonbereinigte Salden aus den optimistischen (+) und pessimistischen (-) Unternehmerantworten

Übersicht 1

Brutto-National- und -Inlandsprodukt

	Gewicht in % des OECD-BNP 1979	Durchschnittli- ches Wachstum 1968 bis 1978	1977	1978	Veränderung gegen das Vorjahr in % zu konstanten Preisen			
					1979	1980	1981	1982
USA	34,7	2,9	5,1	4,4	2,4	-0,2	2,0	1,5
Japan	14,8	6,6	5,3	5,0	5,5	4,2	3,5	4,0
BRD	11,2	3,5	3,0	3,3	4,6	1,8	-1,0	1,0
Frankreich	8,4	4,4	2,8	3,6	3,2	1,3	0,0	2,5
Großbritannien	5,9	2,2	1,0	3,6	0,9	-1,8	-2,0	0,0
Italien	4,7	3,4	1,9	2,6	5,0	4,0	0,0	1,0
Kanada	3,3	4,5	2,4	3,6	2,9	0,0	3,0	1,5
Große Industrieländer	83,0	3,8	4,0	4,1	3,4	1,1	1,5	2,0
Spanien	2,9	4,9	3,3	2,7	0,8	1,7	1,5	3,0
Niederlande	2,2	3,9	2,4	2,5	2,2	0,5	-1,5	1,0
Australien	1,8	3,7	0,9	1,7	4,4	2,5	3,0	3,0
Schweden	1,6	2,1	-2,4	1,4	4,0	1,4	-1,0	1,5
Belgien	1,5	4,1	0,8	3,0	2,4	1,4	-0,5	1,5
Schweiz	1,4	1,7	2,4	0,3	2,2	4,4	1,5	1,0
Österreich	1,0	4,4	4,4	0,5	4,9	3,1	0,0	2,0
Dänemark	1,0	3,1	1,8	1,3	3,5	-0,2	-0,5	3,0
Türkei	0,8	6,3	4,4	3,0	0,6	-0,7	4,0	5,0
Norwegen	0,7	4,3	3,6	4,5	4,5	3,8	1,0	0,5
Finnland	0,6	4,0	0,4	2,3	7,2	5,0	2,0	1,0
Griechenland	0,6	5,9	3,4	6,7	3,8	1,7	0,5	1,5
Neuseeland	0,3	2,9	-2,7	3,0	1,0	0,0	2,0	1,5
Portugal	0,3	4,8	5,3	3,2	4,1	5,5	3,0	2,5
Irland	0,2	4,1	5,8	6,3	1,9	2,1	2,0	2,5
Luxemburg	0,1	3,6	1,7	4,3	2,7	0,5	-2,0	1,0
Island	0,0	5,6	5,8	5,2	2,6	2,5	1,0	1,0
Kleine Industrieländer	17,0	3,9	2,0	2,4	2,8	1,9	1,0	2,0
OECD insgesamt	100,0	3,8	3,6	3,8	3,3	1,3	1,0	2,0
OECD-Europa	45,1	3,6	2,3	3,0	3,2	1,5	-0,5	1,5
EG <sup>1)</sup>	35,8	3,6	2,3	3,3	3,4	1,2	-1,0	1,5
EFTA	5,6	3,0	1,5	1,5	4,1	3,4	0,5	1,5

Q: OECD nationale und eigene Schätzungen — <sup>1)</sup> Einschließlich Griechenland

Übersicht 2

Industrieproduktion

	Gewicht <sup>1)</sup>	1977	1978	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
				1979	1980	1981	1982
USA	35,5	5,9	5,8	4,4	-3,6	3,5	2,0
Japan	13,0	4,1	6,2	8,2	6,8	2,5	5,0
BRD	14,3	2,6	1,8	5,4	-0,2	-1,5	2,5
Frankreich	8,4	2,2	1,7	4,5	-0,9	-5,0	2,5
Großbritannien	5,5	4,8	2,9	3,9	-6,9	-7,0	0,5
<i>Manufacturing<sup>2)</sup></i>		1,6	0,8	0,4	-8,7	-10,0	0,0
Italien	4,9	-0,6	2,1	6,7	5,2	-3,0	1,5
Kanada	3,4	2,2	4,2	4,6	-1,6	3,0	2,5
Große Industrieländer	85,0	4,1	4,3	5,3	-0,8	0,5	2,5
Spanien	2,5	12,2	-3,4	0,1	1,4	0,0	3,5
Niederlande	2,0	0,4	0,6	3,2	0,0	-2,5	2,0
Australien	1,7	-2,0	1,0	6,7	3,1	4,5	4,0
Schweden	1,7	-5,1	-1,1	7,3	-0,1	-2,0	3,0
Belgien	1,6	-0,4	2,6	4,6	-0,9	-3,0	3,5
Schweiz	2,2	5,5	0,2	1,6	5,8	-1,0	2,5
Österreich	1,0	3,5	1,9	7,5	3,9	-1,0	3,0
Norwegen	0,7	-0,6	10,4	6,2	6,6	-2,0	2,0
<i>Manufacturing<sup>2)</sup></i>		-1,2	-1,6	1,7	1,1	-2,0	2,0
Finnland	0,6	0,7	5,2	10,5	7,5	2,5	1,5
Griechenland	0,3	2,0	7,6	6,1	1,0	-1,0	1,5
Portugal	0,4	13,6	6,8	7,2	5,2	4,0	4,0
Irland	0,2	8,3	9,1	6,4	-1,6	1,5	4,0
Luxemburg	0,1	0,9	3,8	2,8	-2,7	-8,0	-2,0
Kleine Industrieländer	15,0	2,8	1,1	4,4	2,3	-0,5	3,0
OECD insgesamt	100,0	3,9	3,7	5,0	-0,2	0,5	2,5
OECD-Europa	46,4	2,5	1,6	4,6	0,3	-2,5	2,5
EG <sup>3)</sup>	37,3	2,2	2,0	5,0	-0,7	-3,5	2,0
EFTA	6,6	1,9	2,1	5,6	4,2	-0,5	2,5

Q: OECD nationale und eigene Schätzungen — <sup>1)</sup> In Prozent der OECD-Industriewertschöpfung 1975 — <sup>2)</sup> Ohne Erdölproduktion — <sup>3)</sup> Einschließlich Griechenland

Die Differenz zur OECD-Prognose liegt im wesentlichen darin, daß die OECD für die USA nur ein Wachstum von 0,5% annimmt, das Institut aber von 1,5%. Dieser durchschnittlichen Entwicklung in den Jahren 1981 und 1982 liegt folgendes Zeitprofil des Konjunkturverlaufs zugrunde: Nach dem teilweise hohen Wachstum in der ersten Jahreshälfte 1981 wird sich das reale Wachstum des BIP in der gesamten OECD bis zur Jahreswende 1981/82 weiter verlangsamen. Erst gegen Jahresmitte 1982 ist wieder mit einem leichten Konjunkturaufschwung zu rechnen. Einen großen Unsicherheitsfaktor bildet gegenwärtig die Lagerzyklik 1981 wurden die Lager infolge der hohen Kreditkosten erheblich abgebaut. 1982 wird daher die Stärke des Lageraufbaus eine entscheidende Rolle für den Konjunkturaufschwung spielen.

Übersicht 3

	Arbeitslosenraten					
	1977	1978	1979	1980	1981	1982
USA	7,0	6,0	5,8	7,1	7,5	8,0
Japan	2,0	2,2	2,1	2,0	2,2	2,2
BRD	4,5	4,3	3,8	3,8	5,0	6,0
Frankreich	4,8	5,2	6,0	6,3	7,5	8,5
Großbritannien	5,7	5,7	5,4	6,8	10,5	12,0
Italien	7,1	7,2	7,7	7,5	8,5	9,0
Kanada	8,1	8,4	7,5	7,5	7,5	7,5
Große Industrieländer	5,5	5,2	5,0	5,7	6,5	7,1
Spanien	5,7	7,5	9,2	11,8	14,0	15,5
Niederlande	5,1	5,0	5,1	5,8	8,5	10,0
Australien	5,6	6,3	6,2	6,1	5,5	5,5
Schweden	1,8	2,2	2,1	1,9	2,5	3,0
Belgien	9,9	10,5	10,9	11,8	14,0	15,0
Schweiz	0,4	0,4	0,4	0,2	0,5	0,5
Österreich	1,8	2,1	2,0	1,9	2,3	2,6
Dänemark	7,8	7,3	6,0	6,9	9,0	9,0
Türkei	13,5	14,0	15,0	15,8	16,5	17,0
Norwegen	0,9	1,1	1,3	1,1	1,5	1,5
Finnland	6,1	7,5	6,2	4,9	5,0	5,5
Griechenland	1,7	1,7	1,8	1,9	3,0	3,0
Neuseeland	4,5	4,5	5,0	6,3	6,5	6,5
Portugal	7,9	8,1	8,2	7,8	8,0	8,5
Irland	9,4	8,7	7,4	8,3	10,5	11,5
Luxemburg	0,6	1,0	0,7	0,7	1,0	1,5
Island	0,5	0,5	0,5	0,6	0,5	0,5
Kleine Industrieländer	5,1	5,7	5,9	6,5	7,8	8,4
OECD insgesamt	5,4	5,2	5,2	5,8	6,7	7,3
OECD-Europa	5,2	5,4	5,5	6,0	7,6	8,5
EG <sup>1)</sup>	5,4	5,5	5,5	5,9	7,6	8,6
EFTA	2,1	2,5	2,3	2,0	2,4	2,7

Q: OECD EG nationale und eigene Schätzungen, gewichtet mit BNP-Anteilen laut Übersicht 1 — <sup>1)</sup> Einschließlich Griechenland

Angesichts dieser sehr mäßigen Konjunkturbelebung nimmt die Arbeitslosigkeit in praktisch allen Ländern zu und wird Ende 1982 in der gesamten OECD rund 28 Millionen oder 8% der Arbeitskräfte erreichen. In Europa könnte die Arbeitslosenrate gegen Ende 1982 sogar auf 10% (oder 17 Millionen Arbeitskräfte) ansteigen.

## Preise und Löhne

### Rohstoffpreise

Die Notierungen der internationalen Rohstoffpreise blieben bis in den Spätherbst 1981 gedrückt. Hauptgründe dafür sind die anhaltende Konjunkturschwäche in den Industriestaaten und die zurückhaltende Lagerpolitik angesichts des hohen Zinsniveaus und der Unsicherheit bezüglich der Wechselkurse. Der HWWA-Index (auf Dollarbasis) ist nach Zuwächsen im I. Quartal 1981 ständig gesunken. Im Jahresdurchschnitt 1981 wird von der Arbeitsgruppe Weltrohstoffpreise der AIECE eine Steigerung um 7% erwartet (nach +47,9% 1980). Für 1982 wird eine gleich hohe Zunahme prognostiziert. Die Rohstoffpreise ohne Energie sind im Jahresverlauf viel stärker gesunken. Für 1981 wird ein Sinken dieser Preise um 10% erwartet, für 1982 wieder ein leichter Anstieg um 4%. Praktisch alle Teilindizes des HWWA-Index sind im Verlauf dieses Jahres gesunken (mit Ausnahme jenes für Energierohstoffe).

Auf den Märkten für *Nahrungs- und Genußmittel* war die Nachfrage heuer besonders schwach. Sonderentwicklungen gab es bei Kaffee (infolge des Kälteeinbruchs in Brasilien zogen die Preise wieder an) und bei Kakao (die Maßnahmen des Buffer-stock-Managers zur Preisstabilisierung im Rahmen der Internationalen Kakao-Organisation, der ICO, waren nicht sehr erfolgreich). Auf den Getreidemärkten gibt es gegenläufige Einflüsse. Preisdämpfend wirkt die in den USA erwartete Rekordernte; preisstützend ist der Umstand, daß die UdSSR und Australien ihre Ernteprognosen nach unten revidieren müssen. Die Prognose für 1981 lautet —16%. Für 1982 wird nur eine leichte Erholung (—5%) erwartet.

Angesichts der sensiblen Reaktion der *Industrierohstoffe* auf die internationale Konjunkturentwicklung dürften deren Preise heuer um 11% sinken und 1982 im Zuge der Konjunkturbelebung wieder um 8% steigen. Während die Preise vieler Industrierohstoffe in den vergangenen Monaten stark zurückgingen (Baumwolle, Naturkautschuk, Holz) oder stabil blieben (Häute, Sisal, Aluminium, Eisenerz), erhöhten sich die Notierungen für Wolle, Zellstoff und Schrott. Eine Ausnahme bildeten auch die NE-Metalle. Auf dem Londoner Markt gab es im III. Quartal 1981 eine Hausse für Zink, Zinn, Blei und Kupfer. Darin spiegelt sich jedoch vor allem die Schwäche des Pfund Sterlings. Auf Dollarbasis waren die Teuerungen weniger dramatisch. Mitte Oktober wurde in Kuala Lumpur zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern im Internationalen Zinnrat (ITC) ein neues Weltzinnabkommen vereinbart.

Die Entwicklung der Preise für *Energierohstoffe* wird hauptsächlich durch die Entwicklung auf dem *Erdöl-*

**Entwicklung der Weltrohstoffpreise**  
 HWWA-Index<sup>1)</sup>

Gewicht	1980				1980 Ø	1981			1981 Ø	1982 Ø	
	I Qu	II Qu	III Qu	IV Qu.		I Qu	II Qu	III Qu			
	Veränderung gegen die Vorperiode in %										
Gesamt	100 0	18 8	6 3	3 3	2 5	47 9	3 1	- 1 9	- 1 0	7	7
Gesamt ohne Energierohstoffe	36 8	7 3	- 1 7	2 3	- 0 1	13 7	- 6 1	- 8 2	- 4 7	- 10	4
Nahrungs- und Genußmittel	15 9	1 6	4 0	4 5	3 3	15 5	- 8 5	- 13 0	- 7 1	- 16	- 5
Getreide	4 6	- 2 0	- 1 2	16 7	8 7	14 7	- 2 9	- 5 4	- 7 4	1	- 5
Ölsaaten Öle	2 9	- 2 1	- 8 5	17 2	9 0	- 6 0	- 6 3	- 1 9	- 5 3	1	5
Genußmittel Zucker	8 4	3 9	9 0	- 2 1	- 0 2	23 1	- 11 3	- 19 7	- 7 8	- 27	- 8
Industrierohstoffe	20 9	11 3	- 5 3	0 8	- 2 6	12 5	- 4 4	- 4 7	- 3 1	- 11	8
Agrarische Industrierohstoffe	10 1	7 9	0 4	2 2	- 0 1	15 1	- 4 3	- 5 5	- 6 2	- 9	5
NE-Metalle	6 1	14 4	- 14 1	1 5	- 5 1	9 1	- 6 5	- 3 1	0 1	- 19	9
Eisenerz Schrott	4 7	14 1	- 2 5	- 3 5	- 5 7	12 2	- 0 7	- 4 7	- 0 1	- 5	12
Energierohstoffe	63 2	21 0	9 3	3 6	3 3	65 1	6 2	- 0 1	0 0	14	9
Kohle	5 5	3 4	4 8	3 5	1 5	15 0	0 8	- 2 1	- 0 3	22	16
Rohöl	57 7	22 0	9 6	3 6	3 4	68 5	6 5	- 0 2	0 0	14	9

Q: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg; Prognosen 1981-1982: AIECE Arbeitsgruppe für Weltmarktpreise - <sup>1)</sup> Neuer Index: 1975 = 100 Dollarbasis gewichtet mit Warenimporten der Industrieländer

markt bestimmt, die heuer durch ein Überangebot gekennzeichnet war. Daher fielen die Rohölpreise auf den Spot-Märkten unter die offiziellen Verkaufspreise. Zum Teil wurden Preisabschläge vom offiziellen Erdölverkaufspreis gewährt. Dieser Entwicklung wurde auch in der Sonderkonferenz der OPEC am 29. Oktober 1981 Rechnung getragen. Der Erdölrichtpreis wurde ab 1. November 1981 auf 34 \$ je Barrel festgelegt und soll bis Ende 1982 auf diesem Niveau eingefroren bleiben. Saudi-Arabien wird seinen bisherigen Richtpreis von 32 \$ um 2 \$ erhöhen, andere OPEC-Mitglieder sollen ihre bisher höher liegenden Preise der neuen Richtbasis anpassen. Gleichzeitig soll Saudi-Arabien (als wichtigster OPEC-Produzent) seine Tagesförderung von 9 mbd auf etwa 7 mbd senken, um das Überangebot auf dem Weltmarkt abzubauen. Der gegenwärtigen Prognose liegt in Anlehnung an Überlegungen der OECD die Annahme zugrunde, daß der reale Erdölpreis 1981 (offizieller OPEC-Verkaufspreis für Erdöl dividiert durch den Preisindex für Warenexporte der OECD-Länder) deutlich steigen wird, 1982 aber etwa konstant bleiben wird. Auf Dollar-Basis gerechnet würde damit 1981 der durchschnittliche Importpreis der OECD-Länder 36,4 \$ je Barrel (+11% gegenüber 1980) und 1982 38 \$ je Barrel (+4½%) betragen. Die reale Erdölpreiserhöhung zog in den Industrieländern eine erhebliche Einschränkung des Erdölverbrauchs nach sich. In der OECD sank der Konsum 1980 um 8%, 1981 um 7% (1982 -2½%). Die Nettoerdölimporte gingen viel stärker zurück (-13%, -17%, -4½%), weil die Produktion der OECD-Staaten seit 1979 etwa konstant geblieben ist. Die Produktion der OPEC, die 1979 noch um 3½% ausgeweitet wurde, wird 1981 voraussichtlich um 13½% sinken und 1982 noch stärker zurückgehen (-17%). Die OECD hat in einem Vergleich der Nachfrageanpassung an die Erdölpreiserhöhung

gen festgestellt, daß die Energieintensität (Primärenergienachfrage dividiert durch reales BIP) nach der zweiten Erdölpreiskrise (1978 bis 1981) viel rascher gesunken ist (um 9%) als nach der ersten Erdölpreiskrise (1973 bis 1976 -5½%; die Intensität für Erdöl ist noch stärker gesunken, nämlich um 20% gegenüber -7%), obwohl die Veränderung der realen Energiepreise (Energiekomponenten des Verbraucherpreis- und Großhandelspreisindex dividiert durch den Gesamtpreisindex ohne Energie) nach beiden Erdölpreiskrisen etwa gleich groß war (1978 bis 1981 +37½%, 1973 bis 1976 +32½%).

**Verbraucherpreise**

Die mit der Konjunkturabflachung erwartete Verlangsamung des Preisauftriebs ist heuer nicht im vollen Ausmaß eingetreten. In den USA trug die Hochzinspolitik zur Erhöhung der Verbraucherpreise etwa 2 Prozentpunkte bei. In den europäischen Ländern hat die Dollaraufwertung den bereits fallenden Trend des Verbraucherpreisanstiegs gebremst, da sich die Terms of Trade neuerlich verschlechterten. Insgesamt ist in der OECD 1981 damit zu rechnen, daß sich der Anstieg der Verbraucherpreise auf 10½% (nach 13% 1980) verlangsamen wird. Dieser Trend wird sich in abgeschwächter Form auch 1982 (9½%) fortsetzen. Die Entwicklung ist länderweise sehr verschieden (siehe Übersicht 5).

**Löhne**

Die Reallöhne entwickelten sich 1980 und 1981 sehr mäßig. Besonders in einigen europäischen Ländern fielen die erwarteten Reallohngehwinne der unerwarte-

	Durchschnittliches Wachstum 1968 bis 1978	Verbraucherpreise					
		1977	1978	Veränderung gegen das Vorjahr in %		1981	1982
USA	6,5	6,5	7,7	11,3	13,5	11,0	10,0
Japan	9,1	8,0	3,8	3,6	8,0	5,5	5,0
BRD	4,7	3,7	2,7	4,1	5,5	6,0	4,5
Frankreich	8,4	9,5	9,2	10,7	13,5	13,5	13,5
Großbritannien	11,7	15,9	8,3	13,4	18,0	11,5	9,5
Italien	11,1	18,4	12,1	14,8	21,2	19,5	17,0
Kanada	6,9	8,0	8,9	9,1	10,2	12,5	11,0
Große Industrieländer	7,6	8,1	6,8	9,2	12,1	10,0	9,0
Spanien	12,8	24,5	19,7	15,7	15,5	14,5	12,0
Niederlande	7,3	6,4	4,1	4,2	6,5	7,0	6,0
Australien	8,6	12,3	7,9	9,1	10,2	9,0	10,0
Schweden	8,1	11,4	10,0	7,2	13,8	13,0	11,5
Belgien	6,7	7,1	4,5	4,5	6,7	8,0	8,0
Schweiz	4,8	1,3	1,0	3,7	4,0	6,5	4,5
Österreich	6,0	5,5	3,6	3,7	6,4	7,0	6,0
Dänemark	8,6	11,1	10,0	9,6	12,3	12,0	9,0
Türkei	19,7	26,0	61,9	63,5	95,9	36,0	26,0
Norwegen	8,2	8,9	8,1	4,7	10,9	14,0	11,0
Finnland	9,7	12,2	7,7	7,5	11,7	12,5	9,5
Griechenland	10,4	12,2	12,5	19,0	24,9	24,5	20,0
Neuseeland	10,0	14,3	12,0	13,8	17,1	15,0	17,0
Portugal	14,9	27,1	22,6	23,6	16,6	16,5	18,5
Irland	11,5	13,6	7,6	13,3	18,2	20,5	20,0
Luxemburg	5,9	6,7	3,1	4,5	6,3	8,0	7,0
Island	26,1	29,9	44,9	44,1	57,3	55,0	40,0
Kleine Industrieländer	9,2	12,5	11,6	11,3	15,0	12,5	10,5
OECD insgesamt	7,8	9,0	7,9	9,7	13,0	10,5	9,5
OECD-Europa	8,3	11,3	9,2	10,5	14,4	11,5	10,0
EG <sup>1)</sup>	8,1	9,7	6,9	9,1	12,2	11,0	10,0
EFTA	7,4	8,4	6,8	6,3	9,6	10,5	9,0

Q: OECD nationale und eigene Schätzungen; gewichtet mit BNP-Anteilen laut Übersicht 1 – <sup>1)</sup> Einschließlich Griechenland

ten Wiederbeschleunigung der Inflation, ausgelöst durch die Dollar-Hausse, zum Opfer. Für die gesamte OECD erwartet man, daß die Reallöhne (pro Kopf) 1981 um etwa 1% steigen werden (nach + ½% 1980). Die gegenwärtig laufenden Lohnverhandlungen finden unter erschwerten Bedingungen statt. Einerseits dürfte es den Gewerkschaften schwer fallen, abermals "Lohnzurückhaltung" zu üben. Andererseits geht von der schlechten Gewinnlage, den nur mäßigen Konjunkturaussichten sowie der sich immer drohender abzeichnenden Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt ein Druck auf die Lohnverhandlungen aus. Es wird daher erwartet, daß 1982 die Realloohnerhöhungen in der gesamten OECD nur sehr bescheiden ausfallen werden (+ ½%).

## Welthandel

Die weltweite Konjunkturschwäche spiegelt sich auch in der Entwicklung des Welthandels. Nach dem schwachen Wachstum von real nur 1% im Jahre 1980 dürfte der Welthandel 1981 um 1% schrumpfen. Für 1982 wird infolge der leichten Konjunkturbelebung wieder ein Wachstum von real 4% erwartet. Die durch

die zweite Erdölpreiskrise ausgelöste Verschiebung der Kaufkraft von den Industrieländern zu den OPEC-Staaten bestimmte 1981 die Richtung der Handelsströme. Die OPEC-Staaten waren heuer die Stütze des Welthandels. Noch stärker als 1980 öffnete sich 1981 die Schere zwischen realem Wachstum der Exporte der Industrieländer in die OPEC (1980 + 13½%, 1981 + 25½%) und Rückgang der realen Importe aus der OPEC (– 14%, – 18½%). 1982 wird sich diese ungleichgewichtige Entwicklung wieder etwas abschwächen: Die OECD wird um 8% mehr in die OPEC exportieren; die Importe aus der OPEC werden nur noch um 2% sinken. Dieses Grundmuster der Welthandelsentwicklung hat sich heuer regional noch stärker differenziert. Durch die starke Dollaraufwertung nahm die Konkurrenzfähigkeit der europäischen Länder ständig zu, sodaß (neben Japan) die meisten europäischen Länder Gewinner der lebhaften OPEC-Nachfrage waren. Da die Inlandsnachfrage in den Industriestaaten infolge der Konjunkturverlangsamung schwach war, gingen die Importe real (auch jene von Erdöl) deutlich zurück. Die realen Exporte der OECD werden 1981 um etwa 3% steigen, die realen Importe aber um 3% sinken. 1982 dürfte es hingegen wieder zu einem nahezu gleichschrittigen Wachstum kommen (siehe Übersicht 6).

Übersicht 6

Entwicklung des Welthandels

	1979	1980	1981	1982
Welthandel Mrd \$ <sup>1)</sup>	1 531	1 872	1 850	2 050
Vorjahresvergleich in %				
Wert	26	22	- 1	11
Preisniveau <sup>2)</sup>	18	21	0	7
Volumen	7	1	- 1	4
OECD-Handel				
Vorjahresvergleich in %				
Exporte real	6	4	3	5
Exportpreise <sup>2)</sup>	15½	13	- 4	5
Importe, real	8	- 1	- 3	4
Importpreise <sup>2)</sup>	19	22	- 3	4
Handelsbilanzsalden in Mrd. \$ der				
OECD-Länder	-40	-74	-25	-16½
OPEC-Länder	107	167	110	95
Nicht-Erdöl-Entwicklungsländer	-32	-48	-55	-60
Leistungsbilanzsalden in Mrd. \$ der				
OECD-Länder	-32	-73½	-33	-33
OPEC-Länder	60	110	55	35
Nicht-Erdöl-Entwicklungsländer	-39	-57	-65	-70

Q: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg; OECD — <sup>1)</sup> Durchschnitt Exporte/Importe, ohne Handel zwischen den Staatshandelsländern — <sup>2)</sup> Durchschnittswerte auf Dollarbasis

Übersicht 7

Handels- und Leistungsbilanzen

	Handelsbilanz			Leistungsbilanz		
	1980	1981	1982	1980	1981	1982
	in Mrd \$ <sup>1)</sup>					
USA	-25 3	-25,5	-40 0	+ 3 7	+ 7,5	- 7,5
Japan	+ 2 1	+24 0	+33,5	-10 7	+ 8 0	+16 0
BRD	+10 4	+17 0	+31 0	-16 4	- 9,5	+ 1 0
Frankreich	-11 8	- 6,5	- 7 0	- 7 4	- 5 0	- 5 5
Großbritannien	+ 2 7	+ 5,5	- 2 5	+ 7 5	+10,5	+ 0 5
Italien	-16 1	-12,5	- 9,5	- 9 8	- 9 0	- 5 5
Kanada	+ 7 1	+ 5,5	+ 6 0	- 1 6	- 6 0	- 7 5
Große Industrieländer	-30 9	+ 7,5	+11 5	-34 7	- 3 5	- 8 5
Spanien	-11 4	-11 5	-11 0	- 5 0	- 6 0	- 5 0
Niederlande	- 1 3	+ 3 0	+ 7 0	- 2 7	+ 3 0	+ 7 0
Australien	+ 1 6	- 0,5	- 0,5	- 4 2	- 6 5	- 7 5
Schweden	- 0,3	+ 2 0	+ 2 5	- 5 3	- 3 5	- 3 5
Belgien Luxemburg	- 4,5	- 5 0	- 5 0	- 5 9	- 7 0	- 6 5
Schweiz	- 4 8	- 2 0	- 0 0	- 0 6	+ 3,5	+ 6 5
Österreich <sup>2)</sup>	- 6 8	- 5,5	- 5,5	- 3 6	- 2,5	- 2,5
Dänemark	- 2 0	- 1 0	- 1,5	- 2 4	- 2 0	- 2,5
Türkei	- 3 9	- 3 5	- 4 0	- 3 0	- 3 0	- 3 0
Norwegen	+ 2 0	+ 3 0	+ 2 0	+ 1 0	+ 2 0	+ 1 0
Finnland	- 0 4	+ 0 5	+ 0 5	- 1 4	- 0 5	- 0 5
Griechenland	- 5 6	- 5,5	- 6 0	- 2 2	- 2 0	- 2,5
Neuseeland	+ 0 3	+ 0,5	+ 0 0	- 0 9	- 1,5	- 2 0
Portugal	- 4 1	- 4,5	- 4,5	- 1 2	- 1 5	- 1 5
Irland	- 1 8	- 2 5	- 2 0	- 1 3	- 2 0	- 2 0
Island	+ 0 0	- 0 0	+ 0 0	- 0 1	- 0 0	+ 0 0
Kleine Industrieländer	-43 0	-32,5	-28 0	-38 8	-29 5	-24 5
OECD insgesamt	-73 9	-25 0	-16 5	-73 5	-33 0	-33 0
OECD-Europa	-59 7	-29 0	-15 5	-59 8	-34 5	-24 5
EG <sup>3)</sup>	-30 0	- 7 5	+ 4 5	-40 6	-23 0	-16 0
EFTA	-14 4	- 6 5	- 5 0	-11 2	- 2 5	- 5 0

Q: OECD nationale und eigene Schätzungen — <sup>1)</sup> Die Prognosen für 1981 und 1982 basieren auf den Wechselkursen vom 4. Oktober 1981. — <sup>2)</sup> Leistungsbilanz einschließlich Statistischer Differenz: 1980 -1,6% 1981 -1,0% 1982 -1,0% — <sup>3)</sup> Einschließlich Griechenland

Als Folge dieser günstigen realen Außenhandelsentwicklung dürften (trotz der Verschlechterung der Terms of Trade) die Defizite der Leistungsbilanzen in den OECD-Ländern kräftiger abgebaut werden, als bisher angenommen wurde. Das Defizit der OECD-insgesamt wird sich nach dem Höhepunkt von 1980 (73½ Mrd. \$) auf 33 Mrd. \$ (1981 und 1982) stabilisieren. Auch die Überschüsse der OPEC werden sich (wie nach der ersten Erdölpreiskrise 1974/75) innerhalb eines Jahres halbieren (von 110 Mrd. \$ auf 55 Mrd. \$ 1981 und 35 Mrd. \$ 1982). Damit ist der Anpassungsprozeß ("Handelsrecycling") sowohl in der OECD als auch in der OPEC als Reaktion auf höhere reale Erdölpreise doch viel rascher vor sich gegangen, als noch im Frühjahr vermutet wurde. Die OPEC hat die Importe von Industriewaren gesteigert, die OECD hat ihren Konsum und damit auch die Nettoimporte von Erdöl deutlich eingeschränkt. Nach wie vor unbefriedigend ist die Entwicklung der Leistungsbilanzdefizite in den Nicht-Erdöl-Entwicklungsländern (siehe Übersicht 6).

Der gegenwärtigen Prognose liegen folgende Wechselkursannahmen zugrunde: Für Nicht-EWS-Währungen werden die Wechselkurse, die in der Periode von Ende August bis 25. September galten, fortgeschrieben. Für die EWS-Währungen gelten die Wechselkurse, die am 4. Oktober 1981 neu festgelegt wurden (Aufwertung der DM und des Holland-Gulden um 5,5%, Abwertung des französischen Francs und der italienischen Lira um 3%; die ECU-Leitkurse der übrigen EWS-Währungen blieben unverändert). Österreich hält auch nach dem 4. Oktober 1981 am fixen DM/Schilling-Kurs fest.

Die Wirtschaftslage in Übersee

Hochzinspolitik verhindert Konjunkturaufschwung in den USA

Die bis in den Spätherbst 1981 anhaltende Hochzinspolitik hat die amerikanische Wirtschaft mehr, als zuvor erwartet, geschwächt. Nach einem kräftigen Wachstum im I. Quartal schrumpfte das reale BNP im II. Quartal und stieg leicht im III. Quartal. Von der Hochzinspolitik war der Wohnbau besonders stark betroffen. Das für 1981 erwartete Wachstum des realen BNP von 2% wird ausschließlich vom privaten Konsum getragen (er dürfte heuer real um 3% wachsen, da sich die real verfügbaren Einkommen im Vergleich zu 1980 wieder etwas erholt haben und die Sparquote sinken wird). Die Investitionen stagnieren, der Außenbeitrag ist negativ, weil die hohe effektive Aufwertung des Dollars die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der US-Exporte beeinträchtigt hat. Die Inflationsrate laut Verbraucherpreisindex hat sich im Lauf dieses Jahres weniger abgeflacht, als von der restriktiven Geldpolitik erwartet wurde. Ein Grund dafür ist

Übersicht 8

Wirtschaftszahlen der USA

	1980	1980	1981	1982
	Nominell	Reale Veränderung		
	Mrd \$	gegen das Vorjahr	in %	
Privater Konsum	1 672,7	0,5	3,0	2,5
Öffentliche Ausgaben	534,7	2,9	0,0	-1,0
Brutto-Anlageinvestitionen	401,2	-7,1	0,5	1,0
Wohnungs- und Hausbau	105,3	-18,6	-3,0	-3,0
Übrige Investitionen	295,9	-3,0	1,5	2,0
Inländische Endnachfrage	2 608,6	-0,2	2,0	2,0
Lagerbildung <sup>1)</sup>	-5,9	-0,9	0,5	0,0
Gesamte Inlandsnachfrage	2 602,7	-1,1	2,5	2,0
Exporte i w S	339,8	9,6	-1,5	-3,0
Waren	-	7,8	1,5	-3,5
Importe i w S	316,5	-0,1	3,5	4,0
Waren	-	-7,1	2,5	4,0
Außenbeitrag <sup>1)</sup>	23,3	1,0	-0,5	-0,5
Brutto-Nationalprodukt	-	-0,2	2,0	1,5
BNP-Deflator	-	8,9	9,0	7,5
BNP nominell	2 626,0	8,8	11,0	9,0
Produktivität (BNP je Beschäftigten)	-	-0,5	0,5	0,5

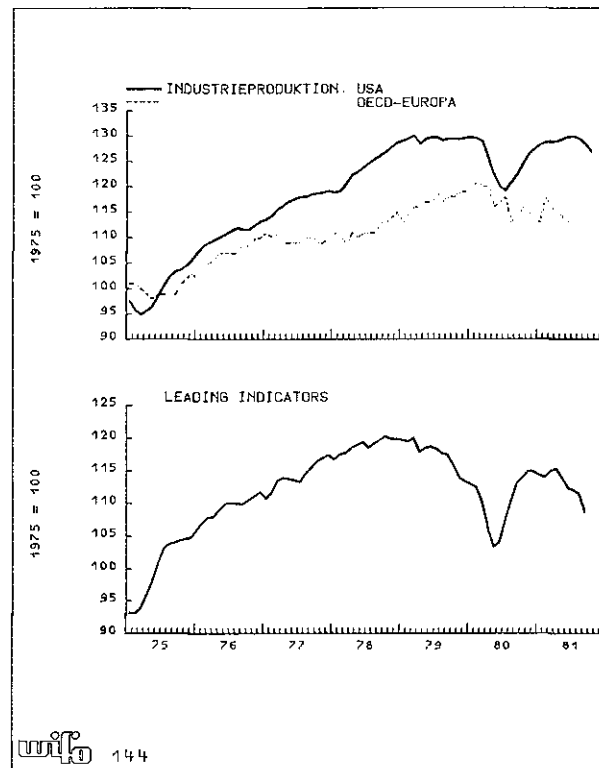
Q: OECD nationale und eigene Schätzungen — <sup>1)</sup> Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Nationalproduktes in Prozentpunkten

die Indexarithmetik. (Da in den Index nur die Kreditkosten für Neuhausanschaffungen eingehen, nicht jedoch die Kreditkosten für schon aushaftende Hypothekendarlehen, wird die Inflationsrate bei stark steigenden Zinsen verzerrt. Daher wird der Verbraucherpreisindex revidiert werden. Die Überschätzung dürfte heuer etwa 2 Prozentpunkte ausmachen.) Die Arbeitslosigkeit dürfte angesichts der gegenwärtigen Schwächephase in der amerikanischen Wirtschaft wieder zunehmen, nachdem sie bis zum Sommer zurückgegangen war (siehe Übersicht 3)

Angesichts des neuen wirtschaftspolitischen Kurses der Regierung Reagan ("Reagonomics" oder "Angebotspolitik") liegen die Prognosen, je nachdem, ob diesem Kurs Erfolg zugeschrieben wird, weit auseinander. Die US-Regierung unterlegt ihren Budgetprognosen ein Wirtschaftswachstum von real 3% (früher +5½%). Diese Annahme wird von den meisten anderen Institutionen als zu hoch angesehen (OECD +0,5%, AIECE und WIFO +1,5%). Bekannt sind die Steuerkürzungstermine. (Die Einkommensteuer wurde mit 1. Oktober 1981 um 5% und sie wird mit 1. Juli 1982 und mit 1. Juli 1983 um jeweils weitere 10% gekürzt. Danach wird das Einkommensteuersystem mit den Verbraucherpreisänderungen des Vorjahres indiziert. Durch die Steuersenkungen werden die marginalen Steuersätze von 14% bis 70% auf 11% bis 52% gedrückt.) Da der Konjunkturaufschwung in den nächsten zwei Jahren schwächer sein dürfte, als von der Regierung unterstellt, könnte das Budgetdefizit größer ausfallen als bisher geplant (der anvisierte Budgetausgleich im Fiskaljahr 1984 scheint nunmehr unwahrscheinlich zu sein) und weitere Ausgabenkürzungen erforderlich machen. Inwieweit dadurch vom Budget in den kommenden Jahren unfreiwillig expan-

Abbildung 2

Konjunkturindikatoren der USA  
Saisonbereinigt



sive Effekte ausgehen werden, ist noch ungewiß. Als entscheidend für den künftigen Konjunkturverlauf und damit die Budgetentwicklung wird die Entwicklung der Zinsen angesehen (seit Oktober und November beginnen diese leicht zu sinken; Ende Oktober wurde der Diskontsatz von 14% auf 13% gesenkt, die Prime Rates haben bereits von 20% im Frühjahr bis auf 16% nachgegeben). Durch das rezessionsbedingt geringe Steueraufkommen und den damit verbundenen höheren Finanzierungsbedarf für das Budget wird jedoch die Zinssenkungstendenz gebremst und damit die geldpolitisch verursachte Rezession verlängert. Erst ab Jahresmitte 1982 dürften die steuerpolitischen Anreize zu einer deutlichen Belebung der Inlandsnachfrage führen, über deren Stärke die Meinungen stark auseinandergehen.

Exportgestützt gute Konjunkturlage in Japan

Japan ist von der internationalen Konjunkturschwäche am wenigsten betroffen. Die Wachstumsraten des realen BNP werden sowohl 1981 als auch 1982 die höchsten aller entwickelten Industrieländer sein. Bei relativ schwacher Inlandsnachfrage tragen vor allem die Exporte das Wirtschaftswachstum von 3,5% (1981). Japan konnte trotz Verschlechterung der

Übersicht 9

Wirtschaftszahlen Japans

	1980 Nominell Bill Yen	1980 Reale Veränderung	1981 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1982
Privater Konsum	138 0	1,3	1,5	4,0
Öffentlicher Konsum	23 5	2,1	1,5	-0,5
Brutto-Anlageinvestitionen	74 9	0,1	2,5	1,5
Inländische Endnachfrage	236 4	0,9	1,5	2,5
Lagerbildung <sup>1)</sup>	1 6	-0,3	0,0	0,5
Gesamte Inlandsnachfrage	238 0	0,6	1,5	3,0
Exporte i w S	35 7	19,3	15,0	7,5
Waren	—	18,4	11,5	7,0
Importe i w S	37 9	-3,9	4,5	3,5
Waren	—	-6,3	-4,5	1,5
Außenbeitrag <sup>1)</sup>	-2,2	3,6	2,0	1,0
Brutto-Nationalprodukt	—	4,2	3,5	4,0
BNP-Deflator	—	3,2	3,5	4,5
BNP nominell	235 8	7,5	7,0	8,5
Produktivität (BNP je Beschäftigten)	—	3,2	2,5	3,0

Q: OECD nationale und eigene Schätzungen — <sup>1)</sup> Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Nationalproduktes in Prozentpunkten

preislichen Wettbewerbsfähigkeit (der Yen wertete bis zum Frühjahr 1981 effektiv ständig auf) seine Exporte kräftig steigern. Die Inlandsnachfrage wird dagegen 1981 insgesamt nur sehr schwach sein. Der private Konsum wird schwächer wachsen als die Investitionen. Japan machte die Hochzinspolitik der USA nicht mit. Der Diskontsatz wurde sogar im März 1981 um 1 Prozentpunkt auf 6¼% gesenkt und seither konstant gehalten. Die Arbeitslosigkeit wird sich infolge der nur geringfügigen Wachstumseinbußen wenig erhöhen (siehe Übersicht 3). Mit einer Inflationsrate von 5,5% wird Japan heuer die niedrigste Preissteigerung aller OECD-Länder aufweisen. Auch für 1982 wird mit 4% ein im Vergleich zu anderen Industrieländern kräftiges Wirtschaftswachstum erwartet. Da sich gegen Ende Sommer 1981 ein

schwächeres Wachstum der Inlandsnachfrage und eine nur langsame Verbesserung der Leistungsbilanz abzeichneten, wurden im Oktober fiskalpolitische Maßnahmen getroffen. Es sollen die Importe (besonders von Rohwaren zur Anlegung von Reserven) stärker forciert werden. Weiters sollen besonders gefährdete Industriezweige gefördert und die Investitionen in elektrischen Kraftwerksanlagen forciert werden. Insgesamt dürfte das Budget 1982 aber wieder leicht restriktiv wirken. Die bescheidene, aber stetige Wachstumsbeschleunigung im Laufe des nächsten Jahres dürfte daher hauptsächlich von den autonomen Kräften der privaten Nachfrage kommen. Durch eine weitere Verringerung der Inflation wird die reale Kaufkraft der Konsumenten steigen. Dies und eine Senkung der Sparquote dürften dazu beitragen, daß der private Konsum im kommenden Jahr um etwa 4% wachsen wird. Unter der Annahme, daß das Zinsniveau weiter niedrig bleiben wird und der restriktive Einfluß der Fiskalpolitik anhält, werden die Privatinvestitionen rascher wachsen als 1981, die öffentlichen aber real zurückgehen. Infolge der verzögerten Wirkung der Yen-Aufwertung bis zum 1. Halbjahr 1981 dürfte sich das Exportwachstum in der zweiten Jahreshälfte 1981 und Anfang 1982 etwas verlangsamen, nachher aber wieder beschleunigen. Insgesamt wird erwartet, daß die Leistungsbilanz (einerseits wegen der realen Exportausweitung und andererseits wegen der positiven Terms-of-Trade-Entwicklung in beiden Jahren) bereits 1981 einen Aktivsaldo ausweisen wird, der im kommenden Jahr sogar noch ausgebaut werden könnte (siehe Übersicht 7).

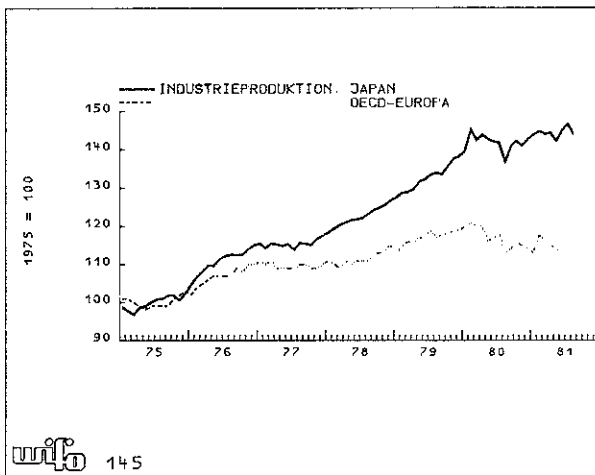
Die Wirtschaftslage in Westeuropa

Anhaltende Konjunkturschwäche in der Bundesrepublik Deutschland

Die deutsche Wirtschaft befindet sich noch immer in einer unerwartet lange anhaltenden Stagnations- bzw. Rezessionsphase, obwohl die kräftige Exportnachfrage die rezessive Wirkung der rückläufigen Inlandsnachfrage dämpft. Im Inland beeinträchtigen das Sinken der real verfügbaren Einkommen den privaten Konsum, die hohen Realzinsen die Privatinvestitionen, auch die öffentliche Nachfrage schrumpft (die öffentlichen Investitionen dürften heuer real um 6½% zurückgehen). Die lebhaftere Exportnachfrage resultiert hauptsächlich aus der Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit infolge der realen effektiven Abwertung der Deutschen Mark. Ein kräftiges Wachstum der Exporte (hauptsächlich in die OPEC) und rückläufige Importe wegen der schwachen Inlandsnachfrage werden heuer zu einer erheblichen Verbesserung der Leistungsbilanz und nächstes Jahr möglicherweise zu einem

Abbildung 3

Industrieproduktion Japans  
Saisonbereinigt





Übersicht 10

Wirtschaftszahlen der Bundesrepublik Deutschland

	1980	1980	1981	1982
	Nomineil Mrd. DM	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Privater Konsum	821,6	1,7	-1,5	0,5
Öffentlicher Konsum	303,5	2,6	2,0	1,0
Brutto-Anlageinvestitionen	351,0	3,7	-4,0	-3,5
Ausrüstungsinvestitionen	132,1	2,9	-3,0	-2,0
Bauinvestitionen	218,9	4,4	-4,5	-5,0
Inländische Endnachfrage	1.476,1	2,4	-2,0	-0,5
Lagerbildung <sup>1)</sup>	18,9	-0,6	-1,0	0,5
Gesamte Inlandsnachfrage	1.495,0	1,7	-3,0	0,0
Exporte i w S	430,6	5,9	6,5	5,0
Waren	—	3,9	6,5	12,0
Importe i w S	433,7	5,8	1,0	3,0
Waren	—	2,1	-4,0	4,0
Außenbeitrag <sup>1)</sup>	-3,1	0,1	2,0	1,0
Brutto-Nationalprodukt	—	1,8	-1,0	1,0
BNP-Deflator	—	4,8	4,0	4,0
BNP, nominell	1.491,9	6,7	3,5	5,0
Produktivität (BNP je Beschäftigten)	—	0,9	0,0	2,0

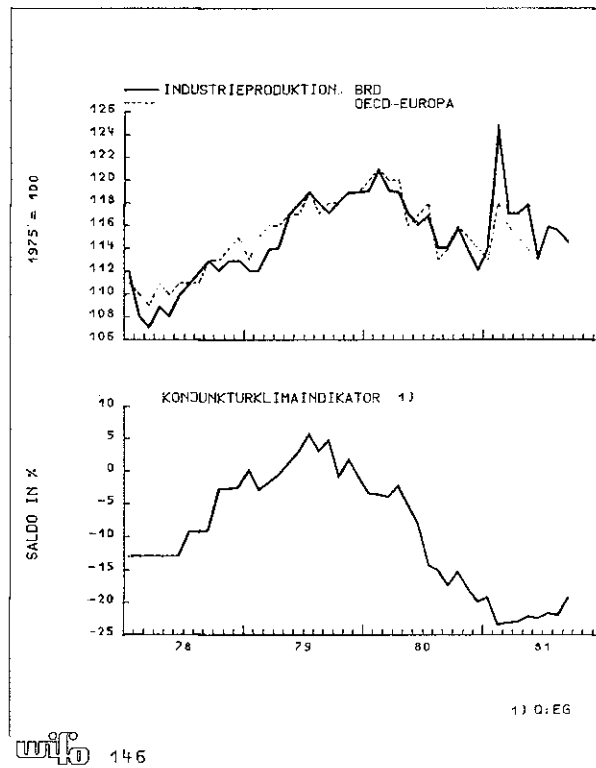
Q: OECD nationale und eigene Schätzungen — <sup>1)</sup> Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Nationalproduktes in Prozentpunkten

cherweise zu einem leichten Überschuß führen. Die Abwertung der DM löste über höhere Importpreise wieder eine Beschleunigung der Inflation aus. Die Verschlechterung der Terms of Trade spiegelt sich in einem Auseinanderlaufen von Inflationsrate und Deflator des Brutto-Nationalproduktes (siehe die Übersichten 6 und 10). Die anhaltend schwache Gesamtnachfrage sowie die Zunahme des Potentials an Erwerbspersonen werden die Arbeitslosigkeit von 1¼ Millionen (1981) auf über 1,6 Millionen (Durchschnitt 1982) steigen lassen (Arbeitslosenraten siehe Übersicht 3). 1981 wird das reale BNP um 1% schrumpfen; im Konjunkturklimaindikator zeichnet sich jedoch bereits eine Wende ab.

Angesichts einer nur mäßigen internationalen Konjunkturerholung und einer auf Konsolidierung des Budgets ausgerichteten Wirtschaftspolitik erwartet man für das kommende Jahr nur ein bescheidenes Wirtschaftswachstum von etwa 1%. Abweichend von dieser Prognose der fünf Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute von Ende Oktober nimmt die OECD ein etwas höheres Wachstum (+1,7%), der deutsche Sachverständigenrat nur +0,5% und das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel ein Schrumpfen des realen BNP (-1%) an. Übereinstimmend prognostizieren alle Institutionen für 1982 nur eine leichte Erholung der Konjunktur, die in der ersten Jahreshälfte oder gegen Mitte 1982 einsetzen wird. Bei einer stagnierenden Inlandsnachfrage (weil eine Stagnation der real verfügbaren Einkommen erwartet wird) gehen Wachstumsimpulse von einer Wiederaufstockung der Lager und (hauptsächlich) von der Auslandsnachfrage aus. Der Außenbeitrag zum BNP-Wachstum wird jedoch schwächer sein als 1981,

Abbildung 4

Konjunkturindikatoren der Bundesrepublik Deutschland  
Saisonbereinigt

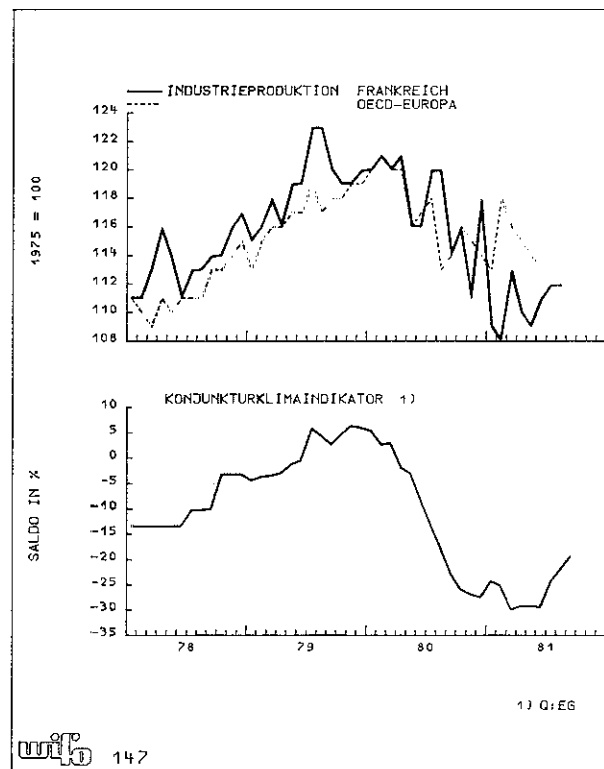


da auf Grund der DM-Aufwertung (Realignment im EWS am 4. Oktober 1981) die preisliche Wettbewerbsposition etwas geschwächt wird. Vom Bundesbudget werden 1982 restriktive Effekte ausgehen, nachdem es bis Jahresmitte 1981 noch expansiv gewirkt hatte. Sowohl der Finanzierungssaldo des Staates (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung) wird 1982 zurückgehen (von -4¼% auf knapp unter -4% des BNP) als auch die Nettokreditaufnahme (Nettodefizit) des Bundes (von -2½% des BNP 1981 auf 1% bis 1½% 1982). Über zusätzliche beschäftigungswirksame Maßnahmen wird noch diskutiert. Nach dem Realignment und der Senkung des Speziallombardsatzes (12%, eingeführt im Februar) um 1 Prozentpunkt kam es zu einem leichten Druck auf das Zinsniveau. Dennoch dürfte auch nächstes Jahr kaum von der restriktiven Geldpolitik nennenswert abgerückt werden.

Expansive Wirtschaftspolitik in Frankreich

Die französische Wirtschaft befindet sich seit etwa einem Jahr in einer Schwächeperiode. Das reale BIP wird 1981 insgesamt etwa auf dem Vorjahresniveau stagnieren. Die Industrieproduktion ist rückläufig, die Arbeitslosigkeit hat sich ständig vergrößert, die Infla-

Konjunkturindikatoren Frankreichs  
Saisonbereinigt



tionsrate dürfte auch heuer im Jahresdurchschnitt nicht unter 13½% sinken. Der private Konsum ist sehr schwach, und infolge der ständig steigenden Zinsen sind die Investitionen heuer real zurückgegangen. Die Lager werden rasch abgebaut. Angesichts der rückläufigen Inlandsnachfrage sinken heuer auch die realen Importe sehr stark. Das reale Exportwachstum war dagegen recht kräftig. Diese günstige reale Entwicklung im Außensektor dürfte den negativen Wachstumsbeitrag der Inlandsnachfrage kompensieren und die Terms-of-Trade-Verschlechterung durch die Franc-Abwertung mehr als wettmachen. Das Defizit in der Leistungsbilanz dürfte daher heuer geringer als erwartet ausfallen (siehe Übersicht 7).

Unter der neuen sozialistischen Regierung, die seit Mai im Amt ist, kam es zu erheblichen Änderungen in der Wirtschaftspolitik. Die frühere Regierung hatte sich vorrangig zum Ziel gesetzt, die Inflation unter Kontrolle zu bringen (was nur bedingt gelang). Über eine Verbesserung der internationalen Konkurrenzfähigkeit sollte langfristig wieder mehr Wachstum und eine höhere Beschäftigung gesichert werden. Die neue Wirtschaftspolitik besteht in einer Rückkehr zum klassischen Keynesianismus. Priorität hat die rasche Wiederherstellung der Vollbeschäftigung. Zu diesem Zweck soll die Wirtschaft in einem Zwei-Stufen-Programm wiederbelebt werden: Zuerst werden die Staatsausgaben (öffentlicher Konsum und öffentliche Investitionen) erhöht, und der private Konsum soll dadurch gefördert werden, daß die Mindestlöhne (SMIC, ab 1. Juni 1981 Anhebung um 10%) und die Sozialleistungen erhöht werden. Zweitens sollen die Privatinvestitionen durch Steuererleichterungen gefördert werden. Zusätzlich wurde und wird eine Reihe von direkten beschäftigungsfördernden Maßnahmen getroffen (Arbeitsplatzbeschaffungsprogramme für Jugendliche, Schulungsprogramme, Verkürzung der

Arbeitszeit ab 1982 um 1 Stunde auf 39 Stunden, Verlängerung des Mindesturlaubs auf 5 Wochen, Herabsetzung des Pensionsalters). Alle diese Maßnahmen werden das Budget belasten (die Neuverschuldung des Staatsbudgets, einschließlich der Länder und Gemeinden, soll aber unter 3% des BIP gehalten werden). Das Verstaatlichungsprogramm hat unmittelbar keinen Einfluß auf die Konjunktur. Die Hauptgefahr der expansiven Fiskalpolitik besteht in einer neuerlichen Beschleunigung der Inflation. Um dies zu verhindern, wird eine enge Bindung des Geldmengenwachstums an das Wachstum des nominellen BIP angestrebt, und vorübergehend werden wieder Preis- und Gewinnspannenkontrollen eingeführt. Durch einen Konsens über die Lohnpolitik soll vermieden werden, daß die Preis-Lohn-Spirale in Gang gesetzt wird (es gibt eine indirekte Indexierung, die die Löhne an die Preisentwicklung koppelt). Nach dem Realignement im EWS am 4. Oktober, wodurch der Franc abgewertet wurde, haben die kurzfristigen Zinssätze etwas nachgeben. Die französische Regierung erwartet für 1982 ein Wachstum des realen BIP von 3%, andere Institutionen rechnen nur mit 2,5%. Das Wirtschaftswachstum wird vorübergehend von der Inlandsnachfrage und der Wiederaufstockung der Lager getragen. Die Inflationsrate dürfte auch im kommenden Jahr 13,5% erreichen.

Übersicht 11

Wirtschaftszahlen Frankreichs

	1980	1980	1981	1982
	Nominell Mrd Fr	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Privater Konsum	1 746,7	1,7	1,5	2,5
Öffentlicher Konsum	428,5	2,8	2,5	3,5
Brutto-Anlageinvestitionen	593,8	0,8	-3,0	-0,5
Inländische Endnachfrage	2 769,0	1,7	0,5	2,0
Lagerbildung <sup>1)</sup>	41,7	0,1	-1,5	0,5
Gesamte Inlandsnachfrage	2 810,7	1,8	-1,0	2,5
Exporte i w S	580,8	3,4	5,0	5,0
Waren	—	1,6	5,0	5,5
Importe i w S	636,6	5,5	-3,0	4,5
Waren	—	5,3	-4,0	4,5
Außenbeitrag <sup>1)</sup>	-55,8	-0,5	1,0	0,0
Brutto-Inlandsprodukt	—	1,3	0,0	2,5
BIP-Deflator	—	11,5	12,0	14,5
BIP, nominell	2 754,9	12,9	12,0	17,0
Produktivität (BIP je Beschäftigten)	—	1,0	1,0	2,5

Q: OECD, nationale und eigene Schätzungen — <sup>1)</sup> Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Inlandsproduktes in Prozentpunkten

**Verlängerung der Stabilisierungskrise in Großbritannien**

In Großbritannien gibt es nur wenig Hoffnung auf ein Ende der Stabilisierungskrise. Die Industrieproduktion und das reale BIP sinken bereits seit Mitte 1979, also seit die konservative Regierung Thatcher im Amt ist. Gegen Jahresmitte 1981 dürfte die konjunkturelle Talsohle erreicht worden sein. Seither zeigt der Konjunkturklimaindikator eindeutig nach oben. Obwohl Großbritannien (wie Norwegen) von der zweiten Erdölpreiskrise als Nettoexporteur von Erdöl profitiert hat (der Nordseeölsektor trug 1980/81 etwa 1/4 bis 1/2 Prozentpunkt zum realen BIP-Wachstum bei), konnte das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht nicht beseitigt werden. Es spiegelt sich in einer Verschlechterung der internationalen Konkurrenzfähigkeit und wurde durch eine starke Aufwertung des Pfundes bis Anfang 1981 sowie einen kräftigen Anstieg der Arbeitskosten in den letzten 2 1/2 Jahren verursacht. Die Arbeitslosigkeit nahm heuer beunruhigend rasch zu und wird auch nächstes Jahr weiter steigen (siehe Übersicht 3). Die Inflationsrate konnte heuer zwar auf etwas über 10% gesenkt werden, doch liegt sie damit noch immer über den Preissteigerungen der wichtigsten Außenhandelskonkurrenzländer. Die gesamte reale Inlandsnachfrage sinkt heuer. Besonders schwach ist der private Konsum. Da die real verfügbaren Einkommen schrumpfen, wird der Konsum sowohl heuer als auch im nächsten Jahr sinken (falls sich die Sparquote nicht weiter verringert, wird sich der Rückgang des privaten Konsums noch beschleunigen). Sowohl die öffentlichen Investitionen (wegen der restriktiven Fiskalpolitik) als die privaten Investitionen (wegen der schlechten Gewinnlage und der hohen Zinsen) werden auch heuer und nächstes Jahr absolut weiter zurückgehen (1982 etwas weniger als 1981).

Der Monetarismus à la Thatcher (der von der Annahme ausgeht, daß ein enger Zusammenhang zwischen erweitertem Nettodefizit des Staates — PSBR — und der Geldmengenentwicklung besteht) will über eine mittelfristige Finanzstrategie (die eine stetige Verringerung des PSBR vorsieht) die Geldmengenausweitung einschränken, um so einen Inflationsoffensiv (der als Hauptübel der schlechten Konkurrenzfähigkeit und damit der Arbeitslosigkeit angesehen wird) zu vermeiden<sup>1)</sup>. An dieser Grundstrategie (die durch liberale Maßnahmen ergänzt wird, wie die Reprivatisierung von verstaatlichten Betrieben und Leistungsanreize durch Einkommensteuersenkungen; die dadurch entstehenden Steuerausfälle werden durch Erhöhungen der Mehrwertsteuer kompensiert) wird auch angesichts steigender Arbeitslosigkeit festgehalten. (Der relativ geringe Rückgang des PSBR 1981/82 wurde hauptsächlich durch das rezessionsbedingt geringere Steueraufkommen bewirkt.)

<sup>1)</sup> Statistisch betrachtet wurden im 1. Halbjahr 1981 sowohl die Ziele der Finanz- als auch jene der Geldpolitik nicht erreicht. Dieses "Überschießen" wird dadurch erklärt, daß der fünfmonatige Arbeitskonflikt der öffentlich Bediensteten zu einer vorübergehenden Verzögerung in der Steuereinzahlung geführt hat, was die Liquiditätssituation der Unternehmen begünstigt hat. Der höhere PSBR hat das Wachstum von M3 (der geldpolitischen Zielgröße) stärker als erwartet beschleunigt. Bereinigt man um die Effekte des Arbeitskonfliktes so können die Ziele als erreicht angesehen werden.

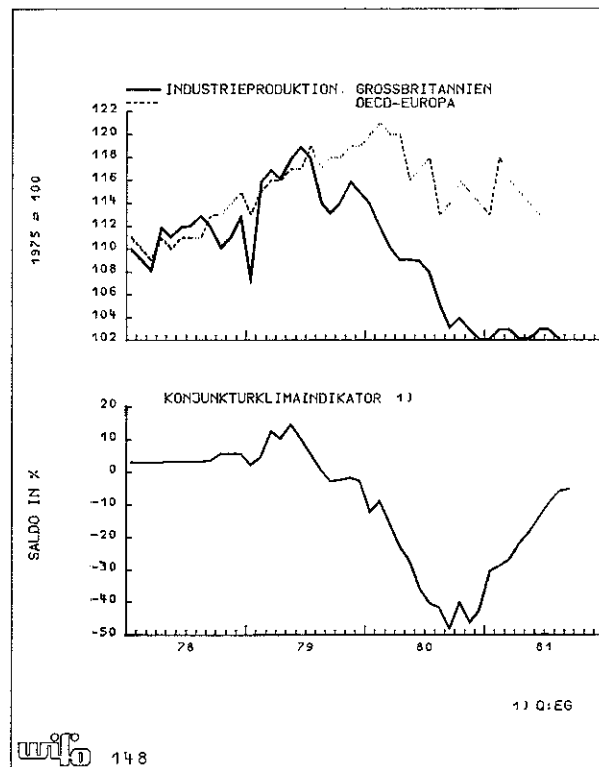
**Übersicht 12**  
**Wirtschaftszahlen Großbritanniens**

	1980	1980	1981	1982
	Nominell	Reale Veränderung		
	Mrd £	gegen das Vorjahr	in %	
Privater Konsum	135,4	0,1	-0,5	-0,5
Öffentlicher Konsum	48,3	2,3	0,0	-1,0
Brutto-Anlageinvestitionen	40,1	-0,7	-7,5	-2,5
Inländische Endnachfrage	223,8	0,4	-1,5	-1,0
Lagerbildung <sup>1)</sup>	-3,0	-3,5	-1,0	2,5
Gesamte Inlandsnachfrage	220,8	-3,0	-2,5	1,5
Exporte i w S	63,2	0,9	-3,5	1,0
Waren	—	1,7	-3,5	1,0
Importe i w S	57,8	-3,3	-6,5	5,0
Waren	—	-4,2	-6,5	6,0
Außenbeitrag <sup>1)</sup>	5,4	1,3	0,5	-1,5
Brutto-Inlandsprodukt	—	-1,8	-2,0	0,0
BIP-Deflator	—	18,9	12,5	10,0
BIP nominell	226,2	16,7	10,5	10,0
Produktivität (BIP je Beschäftigten)	—	0,5	2,5	1,5

Q: OECD nationale und eigene Schätzungen — <sup>1)</sup> Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Inlandsproduktes in Prozentpunkten

Abbildung 6

**Konjunkturindikatoren Großbritanniens**  
Saisonbereinigt



Die Zinssatzpolitik war heuer von außenwirtschaftlichen Überlegungen bestimmt. Um den Druck auf das Pfund zu verringern, wurden die Zinssätze in mehreren Etappen 1981 angehoben. Obwohl sich gegenwärtig die Nominalzinsen wieder tendenziell nach unten bewegen, dürften die Realzinsen hoch bleiben. Angesichts dieser politischen Konstellation werden auch 1982 vom Staat nur rezessive Impulse ausgehen. (Der öffentliche Konsum und die öffentlichen Investitionen werden eingeschränkt; dagegen dürften die öffentlichen Unternehmen wieder etwas mehr investieren.) Von Seiten der Privatinvestitionen ist nur eine geringe Belebung zu erwarten. Nur die kräftige Wiederaufstockung der Lager wird ein weiteres Sinken des realen BIP 1982 verhindern. Vom Außensektor (der schon 1981 nichts zum BIP-Wachstum beitrug) dürfte 1982 ein negativer Wachstumsbeitrag kommen, da der Lageraufbau die Importe wieder beschleunigen wird.

Die verzögerten Effekte der Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit (durch die Pfundabwertung seit Anfang 1981 und durch das von der Rezession erzwungene niedrige Wachstum der Arbeitskosten) dürften zu einer leichten Belebung der realen Exporte führen, nachdem sie fast zwei Jahre lang gesunken waren. Die Verschlechterung der Terms of Trade wird aber dazu beitragen, daß sich der Saldo der Handelsbilanz von einem Überschuß 1981 in ein Defizit 1982 drehen wird (siehe Übersicht 7).

**Abgeschwächte Rezession in Italien**

In Italien dürfte 1981 die Rezession weniger kräftig ausfallen, als bisher angenommen wurde. Die flauere Inlandsnachfrage (der private Konsum stagnierte angesichts stabiler Realeinkommen; die Investitionen sanken, jedoch trotz hoher Nominalzinsen nicht so stark wie erwartet; besonders ausgeprägt ist heuer der Abbau der Lager) und die Verschlechterung der Terms of Trade wurden durch einen hohen Wachstumsbeitrag des Außensektors wettgemacht. Die Arbeitsmarktlage hat sich viel rascher verschlechtert als in früheren Rezessionen. Die Löhne sind rascher gestiegen als in der "scala mobile" vorgesehen. Die kräftige effektive Abwertung der Lira hat dennoch die Konkurrenzfähigkeit verbessert, wodurch die realen Exporte heuer rasch gestiegen sind. Die positive Entwicklung der realen Außenwirtschaft (die realen Importe sind absolut deutlich gesunken) wurde jedoch durch die Verschlechterung der Terms of Trade kompensiert, sodaß das Defizit in der Leistungsbilanz 1981 gleich hoch ausfallen dürfte wie 1980 (siehe Übersicht 7). Trotz schwacher Inlandsnachfrage konnte die Inflationsrate heuer (hauptsächlich wegen der starken Terms-of-Trade-Verschlechterung) nur geringfügig unter 20% gedrückt werden

**Wirtschaftszahlen Italiens**

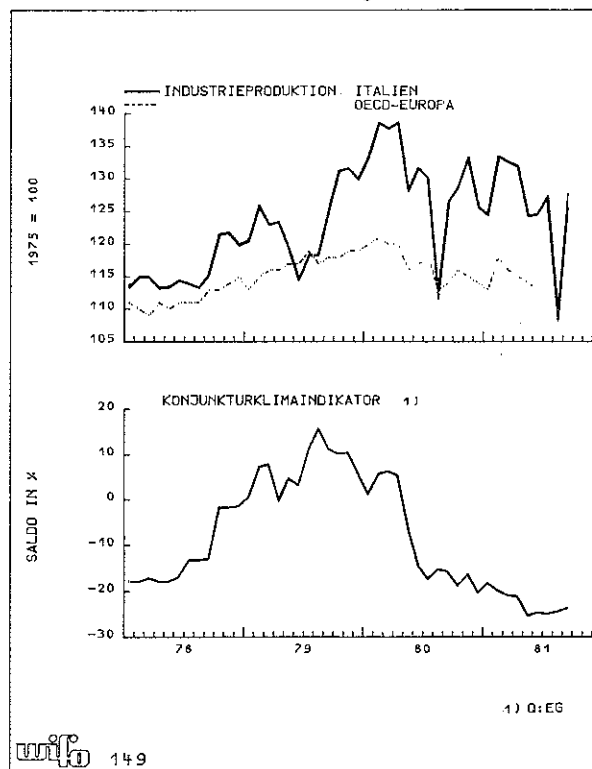
	1980	1980	1981	1982
	Nominell Bill. Lire	Reale Veränderung	gegen das Vorjahr in %	
Privater Konsum	206,8	4,9	0,0	1,0
Öffentlicher Konsum	56,1	2,0	2,0	2,0
Brutto-Anlageinvestitionen	67,4	10,0	-0,5	-3,5
Ausrüstungsinvestitionen	29,6	17,3	-1,5	-7,5
Bauinvestitionen	37,8	3,8	1,0	0,0
Inländische Endnachfrage	330,3	5,4	0,5	0,5
Lagerbildung <sup>1)</sup>	16,5	1,9	-3,0	0,0
Gesamte Inlandsnachfrage	346,8	7,4	-2,5	0,5
Exporte i w S	85,2	-4,6	3,5	5,5
Waren	-	-7,5	2,5	7,5
Importe i w S	94,6	7,9	-7,0	3,0
Waren	-	3,9	-10,0	5,0
Außenbeitrag <sup>1)</sup>	-9,4	-2,9	2,5	0,5
Brutto-Inlandsprodukt	-	4,0	0,0	1,0
BIP-Deflator	-	20,4	17,5	16,0
BIP nominell	337,4	25,1	17,5	17,0
Produktivität (BIP je Beschäftigten)	-	2,5	-0,5	1,5

Q: OECD, nationale und eigene Schätzungen — <sup>1)</sup> Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Inlandsproduktes in Prozentpunkten

Das wirtschaftspolitische Hauptproblem bleibt die Finanzierung des Staatsdefizits. Das erweiterte Budgetdefizit (Bund, Länder, Gemeinden) wird nach dem relativ niedrigen Wert 1980 (knapp 8% des BIP) in den Jahren 1981 und 1982 (trotz erheblicher Anstrengungen zur Verringerung dieses Defizits) mit jeweils 9½% wieder auf das Niveau vor 1980 steigen. Von der Fis-

Abbildung 7

**Konjunkturindikatoren Italiens**  
Saisonbereinigt



149

kaupolitik wird sowohl 1981 als auch 1982 ein leicht expansiver Einfluß auf die Wirtschaft ausgehen. Die Geldpolitik ist grundsätzlich leicht restriktiv und wird es auch 1982 bleiben. Es gibt Bankkreditkontrollen, die eine Rationierung der Kreditvergabe darstellen. Die Importdepots (die im Mai 1981 für vier Monate eingeführt wurden) wurden (mit abnehmender Belastung) bis Februar 1982 verlängert. Das Zinsniveau hatte bis vor kurzem steigende Tendenz, was angesichts eines sich verringernenden Preisauftriebs auch die Realzinsen zunehmend erhöhte.

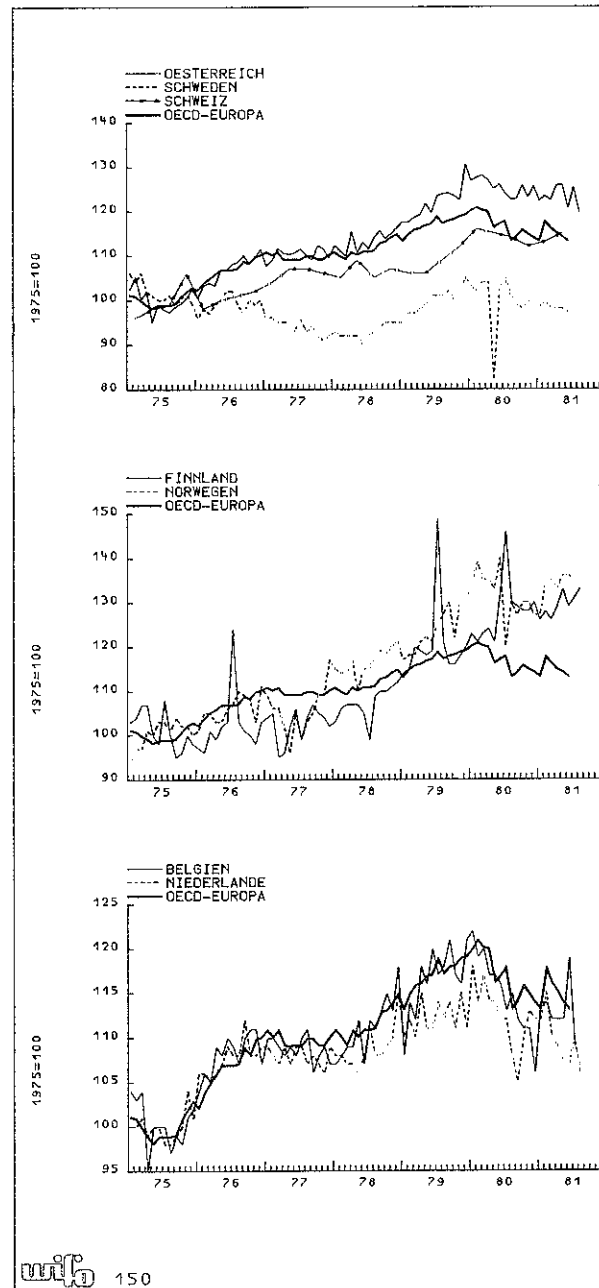
1982 wird das geringe Wirtschaftswachstum von voraussichtlich real 1% zur Hälfte von der Inlandsnachfrage und zur anderen Hälfte vom Außenbeitrag getragen werden. Dies impliziert, daß der Außensektor nicht mehr jene dominierende Rolle spielen wird wie 1981. Vielmehr dürften wieder vom privaten Konsum leicht positive Wachstumsimpulse ausgehen, da man einen Anstieg der Realeinkommen erwartet. Dagegen werden die hohen Zinsen und die geringe Kapazitätsauslastung die Privatinvestitionen stärker drücken als 1981. Die öffentlichen Investitionen werden bescheiden ausfallen (eine Ausnahme dürften die für das nationale Elektrizitätsgesellschafts-Programm notwendigen Investitionen sein). Auch vom Lageraufbau werden voraussichtlich nur schwache Impulse ausgehen. Angesichts des mäßigen Wirtschaftswachstums wird die Arbeitslosigkeit weiter zunehmen. Die Inflationsrate wird sich nur wenig verringern.

**Höhere Auslandsabhängigkeit verschärft die Konjunkturprobleme in den Kleinststaaten**

Das Wirtschaftswachstum dürfte 1982 in den kleineren Industrieländern insgesamt mit 2% gleich hoch sein wie in den großen Ländern. 1981 war die Konjunkturdämpfung etwas stärker (BIP real +1% nach +1,9% 1980) als in den großen Ländern (+1,5% nach +1,1% 1980). Infolge der größeren Außenwirtschaftsverflechtung haben die durch die zweite Erdölpreiskrise verursachten Leistungsbilanzdefizite in den kleinen Ländern das Wirtschaftswachstum stärker beschränkt als in den großen Ländern. In den großen Ländern werden die Leistungsbilanzdefizite 1981 viel kräftiger abgebaut werden (um etwa 90%) als in den kleineren Industriestaaten (um etwa 24%; siehe Übersicht 7). In Prozent des BIP ausgedrückt betrug das Leistungsbilanzdefizit der großen Länder nach der zweiten Erdölpreiskrise 1980 ½% (nach der ersten Erdölpreiskrise 1974 ebenfalls ½%), 1981 und 1982 dürfte die Leistungsbilanz insgesamt ausgeglichen sein. In den kleineren Ländern dagegen machte das Defizit der Leistungsbilanz 1980 3% des BIP aus (1974 2%) und dürfte 1981 und 1982 nur auf 2½% und 2% sinken. Der Einfluß der Verschlechterung der Terms of Trade auf den inländischen Preisauftrieb war

Abbildung 8

**Industrieproduktion kleiner OECD-Länder  
Saisonbereinigt**



1981 in beiden Ländergruppen etwa gleich groß (ausgedrückt in der Differenz des Wachstums der Deflatoren von privatem Konsum und BIP etwa 1½ Prozentpunkte), nachdem er 1980 in den kleinen Ländern (1½ Prozentpunkte) größer gewesen war als in den großen Ländern (½ Prozentpunkt). 1982 wird er voraussichtlich in beiden Ländergruppen ½ Prozentpunkt betragen.

Da besonders in den kleinen Ländern ein positiver Zusammenhang zwischen Leistungsbilanzdefiziten und Budgetdefiziten zu bestehen scheint, versucht

Prognosen für einige kleine Länder

		Privater Konsum	Öffentlicher Konsum	Brutto-Anlage-investitionen	Inländische Endnachfrage	Lagerbildung <sup>1)</sup>	Gesamte Inlandsnachfrage	Exporte i w S	Importe i w S	Außenbeitrag <sup>1)</sup>	Brutto-Inlandsprodukt
Veränderung gegen das Vorjahr in % zu konstanten Preisen											
Spanien	1980	1,0	2,5	1,0	1,1	0,3	1,5	3,3	2,0	0,2	1,7
	1981	-0,5	4,0	2,5	0,5	-0,5	0,0	3,5	-2,0	1,5	1,5
	1982	0,5	3,5	5,5	2,0	0,0	2,0	8,5	2,5	1,0	3,0
Niederlande	1980	-0,9	1,4	-2,7	-0,9	0,2	-0,7	1,8	-0,7	1,2	0,5
	1981	-3,0	1,0	-7,5	-3,5	-1,5	-5,0	1,0	-4,5	3,5	-1,5
	1982	-2,0	0,0	-2,0	-1,5	1,5	0,0	4,5	2,5	1,0	1,0
Schweden	1980	-0,2	2,6	2,8	1,2	1,4	2,7	-2,3	1,4	-1,2	1,4
	1981	-2,5	2,5	-5,0	-2,0	-1,0	-3,0	-1,0	-7,0	2,0	-1,0
	1982	0,0	1,0	-2,5	0,0	1,0	1,0	5,5	4,0	0,5	1,5
Belgien	1980	1,8	0,9	2,7	1,8	-0,1	1,7	4,0	4,5	-0,4	1,4
	1981	0,0	0,5	-5,0	-1,0	0,0	-1,0	-1,0	-2,5	0,5	-0,5
	1982	0,5	0,5	0,5	0,5	0,0	0,5	5,0	3,5	1,0	1,5
Schweiz	1980	2,5	1,6	9,9	4,3	1,3	5,4	5,1	7,2	-1,2	4,4
	1981	1,0	1,5	3,5	1,5	-0,5	1,0	3,0	1,5	0,5	1,5
	1982	0,5	1,5	-2,0	0,0	-1,0	-1,0	6,5	2,5	2,0	1,0
Österreich	1980	1,5	1,6	2,2	1,7	1,1	2,7	7,2	6,2	0,4	3,1
	1981	0,0	2,0	0,0	0,5	-2,6	-2,5	6,0	0,0	2,5	0,0
	1982	1,0	2,0	-1,0	0,5	0,8	1,5	6,0	5,5	0,5	2,0
Dänemark	1980	-4,1	5,2	-13,7	-3,7	-0,8	-4,5	5,9	-7,2	4,4	-0,2
	1981	-1,5	4,0	-15,5	-2,5	0,0	-2,5	3,0	-3,5	2,0	-0,5
	1982	2,0	2,5	3,0	2,5	0,5	3,0	6,0	5,5	0,0	3,0
Norwegen	1980	1,7	4,1	1,9	2,3	2,6	5,0	1,4	4,0	-1,0	3,8
	1981	2,0	4,0	12,0	5,0	-3,5	1,5	0,0	0,0	-0,5	1,0
	1982	0,5	3,5	0,0	1,0	2,0	3,0	0,5	6,5	-2,5	0,5
Finnland	1980	2,5	4,2	9,6	4,5	1,0	5,6	9,4	11,9	-0,3	5,0
	1981	1,0	3,5	4,0	2,0	-2,0	0,0	4,0	-2,5	2,0	2,0
	1982	0,5	3,5	0,0	1,0	0,0	1,0	1,5	1,0	0,0	1,0
Griechenland	1980	-0,2	-0,4	-8,3	-1,9	0,1	-1,7	6,4	-2,2	3,5	1,7
	1981	0,0	4,0	-3,5	0,0	0,0	0,0	3,0	0,0	0,5	0,5
	1982	1,0	2,5	2,5	1,5	0,0	1,5	4,0	3,5	0,0	1,5
Portugal	1980	4,5	5,6	9,0	5,5	1,0	6,2	8,2	9,6	-1,3	5,5
	1981	3,0	4,0	7,0	4,0	0,5	4,0	3,0	5,5	-1,0	3,0
	1982	2,0	4,0	3,0	2,5	0,0	2,5	6,0	4,5	0,0	2,5
Irland	1980	-1,2	4,0	-7,9	-2,2	-2,1	-4,0	7,0	-4,0	6,8	2,1
	1981	-0,5	0,5	4,0	1,0	1,0	2,0	2,5	1,5	0,0	2,0
	1982	-0,5	-0,5	3,0	0,5	0,5	1,0	8,0	4,5	1,5	2,5

Q OECD nationale und eigene Schätzungen - <sup>1)</sup> Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Inlandsproduktes in Prozentpunkten

man über die Verringerung der Budgetdefizite die Leistungsbilanzprobleme zu entschärfen. Eine solche deflationistische Politik führt zur Dämpfung des Wirtschaftswachstums. Zusätzlich wurde die Geldpolitik in den kleinen Ländern durch die Hochzinspolitik der USA vorbestimmt (dies jedoch umso weniger, je flexibler die Wechselkurspolitik in den jeweiligen Ländern war). Die Anhebung der Zinsen konnte zwar den Druck auf die Währungen mildern, doch hat die restriktive Geldpolitik die Inlandsnachfrage zusätzlich gedrosselt. Während 1980 die Inlandsnachfrage in den kleineren Ländern insgesamt noch um 1½% ge-

wachsen ist (in den großen Ländern stagnierte sie), ging sie 1981 um ½% zurück (in den großen Ländern stieg sie um ½%). Die Rezession 1981 hat die Arbeitslosigkeit in den kleineren Ländern sehr stark zunehmen lassen. Die Arbeitslosenraten streuen zwar sehr stark, ihr Zuwachs von 1980 auf 1981 war jedoch insgesamt etwas stärker als in den großen Ländern (siehe Übersicht 3). Der Abbau der Inflationsraten zwischen 1980 und 1982 dürfte in den kleinen Ländern etwas stärker ausfallen (-4½ Prozentpunkte) als in den großen Ländern (-3 Prozentpunkte).

Fritz Breuss